

# Gar nicht so abgeneigt

## Was junge Erwachsene von einer Dienstpflicht halten

---

Sollen junge Menschen verpflichtet werden, sich in einem sozialen Pflichtjahr für die Gesellschaft zu engagieren? Viele junge Europäer\*innen sind gar nicht so abgeneigt, wie eine aktuelle Studie zeigt. Auch 39 Prozent der jungen Deutschen wären dazu bereit. Die Analyse macht deutlich, dass der Krieg in der Ukraine eine Rolle spielt: Junge Erwachsene, die sich durch den Krieg persönlich bedroht fühlen, sprechen sich stärker für eine allgemeine Dienstpflicht aus.

*Marcus Spittler*

**I**n einem Punkt ähnelt die Wehrpflicht der Atomkraft: Spätestens, wenn die Nachrichtenlage mit dem Sommerloch dünner wird, kommt eine öffentliche Debatte über ihre Wiedereinführung in Gang, die hitzig und meist völlig losgelöst vom Diskurs in den jeweiligen Fachgremien geführt wird, um anschließend wieder folgenlos in der Versenkung zu verschwinden. Über beide Themen wird im Zuge des Ukraine-Kriegs mit größerer Ernsthaftigkeit diskutiert.

Neuen Schwung bekam das Thema Wehr- und Dienstpflicht, als der Bundespräsident in einem Interview mit der Bild am Sonntag anregte, über eine „soziale Pflichtzeit“ nachzudenken. Am überwiegend negativen Medientenor ist zweierlei interessant. Zum einen sprach der Bundespräsident mit keinem Wort über eine Verpflichtung von ausschließlich jungen Menschen, wurde jedoch unisono so verstanden. Zum zweiten wurde unterstellt, dass die Idee den Interessen junger Menschen zuwiderlaufe. Der für seine meinungsstarken Kolumnen bekannte Publizist Sascha Lobo schloss seine Kritik an dem Vorschlag mit den Worten „Diskutiert ruhig weiter über die jungen Köpfe hinweg“.

Dieser kurze Text hier will nicht den Versuch unternehmen, die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder einer alternativen Dienstpflicht nachzuzeichnen oder gar zu bewerten. Denn diese zieht sich quer durch historische, verfassungsrechtliche, sicher-

**„In allen demokratischen Parteien finden sich Zustimmung und Ablehnung“**

heits- und gesellschaftspolitische Argumentlinien und stößt sich etwa demokratietheoretisch an der Frage, ob man einem liberalen oder republikanischen Staatsverständnis folgt. Stattdessen sollen hier die Einstellungen junger Erwachsener zur Wehr- und Dienstpflicht in den Blick genommen werden, und es soll gezeigt werden, wie sich deren Zustimmung dazu erklären lässt. Das allein gestaltet sich komplex, da beide Begriffe nur vage voneinander abgegrenzt sind: Wehrpflicht meint den Dienst in bewaffneten Streitkräften. Eine allgemeine Dienstpflicht lässt die Option offen, den Dienst entweder bei den Streitkräften oder in sozialen Einrichtungen, Krankenhäu-

sern und Vereinen abzuleisten. Wie lange dieser Dienst ist, ob er von Männern und Frauen gleichermaßen ausgeführt wird, ob man dafür gesund sein muss oder auch, wie gesund man sein muss, all das bleibt offen. So überrascht es nicht, dass sich in nahezu allen demokratischen Parteien zustimmende wie ablehnende Positionen finden. Auch dieser Beitrag verwendet den Begriff weitgehend offen. Die Umfrage machte in der Fragestellung deutlich, dass mit „allgemeiner Dienstpflicht“ ein verpflichtender Dienst aller Bürgerinnen und Bürger im Militär oder in einer anderen gemeinnützigen Tätigkeit gemeint ist; weitere Details blieben offen. Im Unterschied zur 2011 in Deutschland ausgesetzten Wehrpflicht wären jedoch auch junge Frauen davon betroffen.

Tatsächlich fällt das Urteil zu einer sozialen Pflichtzeit unter jungen Menschen in den euro-

## „Eine Mehrheit der jungen Deutschen lehnt die Dienstpflicht ab“

päischen Ländern keineswegs so eindeutig negativ aus, wie es in den oben zitierten Veröffentlichungen vermutet wurde. Die TUI Stiftung befragt in ihrer Studie „Junges Europa“ seit 2017 jährlich etwa 6.000 junge Erwachsene im Alter von 16 bis 26 Jahren in mindestens sieben, überwiegend westeuropäischen Ländern. Die Jugendstudie, die auch am WZB konzipiert wurde, zeigt, dass zwar eine Mehrheit der jungen Deutschen, genauso wie in den meisten Ländern Europas, eine allgemeine Dienstpflicht ablehnt (Europa 52 Prozent, Deutschland 49 Prozent). Dieser Ablehnung stehen jedoch 39 Prozent der jungen Deutschen gegenüber, die sich eine Pflichtzeit durchaus vorstellen können, auch wenn deren konkrete Ausgestaltung noch offen ist. Deutschland bewegt sich damit im europäischen Vergleich im oberen Mittelfeld. Man sollte diese Zustimmung jedoch vorsichtig nur als ein für eine Dienstpflicht offenes Potenzial interpretieren, da wie oben beschrieben politisch kein konkretes Modell diskutiert wird.

Die Befragung „Junges Europa“ fand Mitte April 2022 statt, zu einem Zeitpunkt also, als die unmittelbaren Kämpfe in der Nähe von Kyiv bereits beendet und die Kriegsverbrechen in Butscha und anderen ukrainischen Städten der Welt bekannt waren. Ein positiver Effekt des



**Marcus Spittler** ist Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er berät unter anderem die TUI Stiftung bei ihrer jährlichen europäischen Jugendstudie und hat im WZB als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung gearbeitet.

[marcus@mspittler.eu](mailto:marcus@mspittler.eu)

Twitter: @marcusspittler

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Ukraine-Kriegs auf die Zustimmung zur Dienstpflicht ist nicht unmittelbar erkennbar. Im Gegenteil: Bei einer Befragung des Politbarometers im Juli 2020 in der vergleichbaren Altersgruppe hatte die Zustimmung zur Dienstpflicht noch bei 53 Prozent in Deutschland gelegen. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht befürworteten nur 28 Prozent. Es sind vor allem die über 26-Jährigen, die sowohl für die Wehrpflicht (52 Prozent) als auch die Dienstpflicht votieren (78 Prozent), wobei Zustimmung zu ersterem nahezu immer auch Zustimmung zur Dienstpflicht bedeutet.

Es lassen sich in der Jugendstudie „Junges Europa“ allerdings auch Gründe für die Zustimmung zur Dienstpflicht finden, die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg stehen. Mit-

## „Die Wahrnehmung einer Zeitenwende hat starken Einfluss auf die Zustimmung zur Dienstpflicht“

hilfe einer statistischen Analyse unter Berücksichtigung mehrerer Faktoren lässt sich der Einfluss verschiedener soziodemografischer Faktoren und gesellschaftspolitischer Einstellungen schätzen. Dabei zeigt sich, dass Faktoren wie der aktuelle oder angestrebte Bil-



Malte leistet einen Bundesfreiwilligendienst.  
Er begleitet eine ältere blinde Frau durch ihren Alltag.  
Foto: © Thomas Meyer/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

dungsabschluss oder der relative Wohlstand des Elternhauses sowohl in Deutschland als auch in einem europäischen Gesamtmodell die Zustimmung nicht signifikant beeinflussen. Auch das Geschlecht macht nur in wenigen Ländern noch einen spürbaren und keineswegs gleichgerichteten Unterschied. So sprechen sich in Polen mehr junge Frauen für eine Dienstpflicht aus, die junge Britinnen und Spanierinnen deutlich stärker ablehnen. Den stärksten Einfluss bei den soziodemografischen Faktoren hat die Wohnlage; auf dem Land ist die Unterstützung merklich größer. Neben diesen zeitlich eher stabilen Größen haben Einstellungsvariablen eine eigenständige Erklärungskraft. Einem erweiterten Rational-Choice-Ansatz folgend sieht man, dass junge Erwachsene, die sich durch Krieg, insbesondere den Krieg in der Ukraine, persönlich bedroht fühlen, sich stärker für eine allgemeine Dienstpflicht aussprechen (mit dem Rational-Choice-Ansatz ist eine Theorie gemeint, die davon ausgeht, dass Individuen nutzenmaximierend handeln und sich daher für jene Option entscheiden, die ihren eigenen Präferenzen am nächsten liegt). Unter jungen Deutschen kommt die Besonderheit hinzu, dass neben der persönlichen Bedrohungslage die Wahrnehmung einer

Zeitenwende einen starken Einfluss auf die Zustimmung hat.

Eine einfache Mehrheit findet eine allgemeine Dienstpflicht unter jungen Erwachsenen in zwei befragten Ländern. Das sind interessanterweise jene Länder, in denen bereits eine aktive Pflicht besteht oder ihre Einführung ansteht. Griechenland gehört zu den wenigen

**„In Frankreich stehen gesellschaftspolitische und volkserzieherische Motive im Vordergrund“**

Ländern innerhalb der EU, die junge Männer zum Dienst an der Waffe verpflichten. Eine allgemeine Pflicht befürworten dort sowohl junge Frauen als auch junge Männer. In Frankreich wird seit 2019 mit dem Service National Universel (SNU) die Einführung eines Pflichtmodells erprobt. Das Modell verbindet militärische Elemente, wie Fahnenappell und Antreten, mit zivilen Elementen, also etwa dem verbindlichen Engagement in Vereinen. Obwohl

das Projekt als „soumission de la jeunesse“ (Unterwerfung der Jugend) starke Kritik erfährt, wird es von einer Mehrheit der jungen Französisinnen und Franzosen unterstützt. Begründet wird der Vorstoß in Frankreich ausdrücklich nicht mit der Notwendigkeit zur Landesverteidigung. Vielmehr stehen ähnlich zur deutschen Debatte gesellschaftspolitische und volkserzieherische Motive, wie das Erlernen französischer, republikanischer Werte im Vordergrund sowie eine Stärkung des nationalen Zusammenhalts.

Es stellt sich die Frage, ob man junge Menschen tatsächlich zum Einsatz für die Gemeinschaft verpflichten muss. Eine Evaluation der Freiwilligendienste in Deutschland, die überwiegend für ein Taschengeld geleistet werden, kommt etwa zu dem Schluss, dass die Nachfrage bei jungen Menschen in den meisten Fällen größer ist als das Angebot an verfügbaren Plätzen. In den Zahlen der Studie „Junges Europa“ zeigt sich über die vergangenen Jahre ein großes und ganz freiwilliges Engagement. 2022 gaben hinsichtlich des Ukraine-Kriegs 11 Prozent der

Jugendlichen in Europa an, in der Flüchtlingshilfe und in Hilfsorganisationen zu arbeiten. In Polen sind es sogar 28 Prozent. Ein knappes Zehntel nahm dort Geflüchtete in ihrer eigenen Wohnung auf. Ebenso ist die Befürwortung einer allgemeinen Dienstpflicht nicht mit dem tatsächlichen persönlichen Engagement der jungen Erwachsenen verknüpft, wie die Studie zeigt. Es fällt daher schwer, unter jungen Erwachsenen ein mangelndes Gemeinschaftsgefühl zu diagnostizieren.

Ob sich gesellschaftlicher Zusammenhalt wirklich über die Verpflichtung einer demografischen Minderheit stärken lässt, muss hier offenbleiben. Zweifel sind jedoch berechtigt. Am Ende wird aber die Art der Aufgaben, die Kosten, die Ausgestaltung und die wahrgenommene (Wehr-)Gerechtigkeit, das heißt ob die Pflicht auch de facto alle trifft, darüber entscheiden, ob eine allgemeine Dienstpflicht in der posthe-roischen Gesellschaft der Bundesrepublik ihren Platz finden kann. Warten wir also auf weitere Diskussionen – vielleicht im nächsten Sommerloch. ●

## Literatur

Huth, Susanne: Freiwilligendienste in Deutschland – Stand und Perspektiven. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. 2022. Online: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration\\_fair\\_gestalten/Freiwilligendienste\\_in\\_Deutschland\\_2022\\_INBAS.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Freiwilligendienste_in_Deutschland_2022_INBAS.pdf) (Stand 18.08.2022).

„Interview mit der Zeitung Bild am Sonntag“. In: Der Bundespräsident, 6. Juni 2022. Online: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Interviews/2022/220612-Interview-BamS.html> (Stand 18.08.2022).

Lobo, Sascha: „Ein Jahr für den Staat knechten, am besten an der Tankstelle“. In: Spiegel Netzwelt, 15. Juni 2022. Online: <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/dienstpflicht-fuer-die-jugend-ein-jahr-fuer-den-staat-knechten-am-besten-an-der-tankstelle-kolumne-a-4ba7564f-5bed-4642-81c9-1c2f2e5208c5> (Stand 18.08.2022).

Zogg, Benno/Lieberherr, Boas: „Allgemeine Dienstpflicht: Grundlage für eine Debatte“. In: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik. ETH Zurich 2021. DOI: 10.3929/ETHZ-B-000519984.